

## **Fehlende Gerechtigkeit**

Israelische Verletzungen palästinensischer Kinderrechte haben sich in der kürzeren Vergangenheit in allen Bereichen dramatisch gesteigert. Eine der schlimmsten Rechtsverletzungen ist die israelische Inhaftierungspolitik. Bis Juli 2001 befanden sich 180 palästinensische Kinder in israelischer Haft und waren dort aufgrund sogenannter „Sicherheitsvergehen“ (security offences) verschiedener Arten der Folter und Misshandlung ausgesetzt. Die meisten der so verhafteten palästinensischen Kinder werden wegen Steinwerfen oder Demonstration gegen die israelische Besatzung festgenommen. Trotz der verschiedenen internationalen Verordnungen zum rechtlichen Schutz von inhaftierten Jugendlichen, werden die Grundrechte palästinensische Jugendstraftäter routinemäßig verletzt. Als Unterzeichnerstaat der UNO Kinderrechtskonvention ist Israel verpflichtet die darin verankerten Artikel zu respektieren. In Artikel 37 steht: „Jedes Kind, welchem die Freiheit genommen ist, soll mit Menschlichkeit und Respekt für die Würde der menschlichen Person, sowie unter Beachtung der Bedürfnisse einer Person seines Alters, behandelt werden“ [freie Übersetzung aus dem Englischen].

In den ersten sechs Monaten 2001 wurden über 300 palästinensische Kinder von der israelischen Besatzungsmacht festgenommen. Diese Festnahmen setzen einen Trend der erhöhten Kinderfestnahmen in den letzten drei Jahren fort. 1998 erhielt DCI/PS 89 Fälle von durch israelische Behörden festgenommene palästinensische Kindern, 1999 waren es bereits 202. Ende 2000 hatte DCI/PS deren 252 Fälle erhalten. Zusätzlich ist eine Steigerung des Anteils von Kindern im Alter von 13-14 Jahren an der Gesamtzahl festgenommener Jugendlicher festzustellen, von 9.9% 1999 zu 21.83% 2000. DCI/PS konnte im Jahr 2000 ebenfalls eine Steigerung der Strafdauer feststellen. So erhielten 40.3% der 62 Kinder welche bis Ende 2000 verurteilt wurden Haftstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr. Im Vergleich dazu erhielten 1999 lediglich 19.08% der Fälle Haftstrafen dieser Länge, 1998 gar nur 9%. Diese Daten, zusammengefaßt in der folgenden Tabelle, zeigen eindeutig die intensivisierte Kampagne gegen palästinensische Kinder.

Alle im Westjordanland oder dem Gazastreifen festgenommenen Kinder kommen vor Militärgerichte, welche nicht nach israelischem Gesetz sondern nach verschiedenen Militärbefehlen entscheiden. Diese wurden speziell für die rechtliche Einrahmung der Besatzung der palästinensischen Gebiete erlassen und sehen keine Jugendgerichte, keine ausgebildeten Jugendrichter, keine Bewährungshelfer und keine für Jugendliche zuständige Polizisten bei Verhör und Haft vor. Gerichtsverfahren und Verurteilung sind so mehr abhängig von der gegenwärtigen politischen Lage als der Intervention eines Verteidigers.

Die Mehrheit der Kinderhäftlinge sind vom Moment ihrer Festnahme und während ihres Verhörs verschiedenen Methoden der Folter ausgesetzt. Zu diesen zählen regelmäßig Schlaf- und Essensverbote, bedrohende Sprache, physische Gewaltanwendung mit Stöcken, Fäusten und Füßen, sowohl als auch

Positionsfolter (shabeh). Unterlagen von DCI/PS für das Jahr 2000 zeigen die Wiedereinführung der gemeinsamen Inhaftierung palästinensischer Kinder mit israelischen Jugendstraftätern. Dies verstößt einerseits gegen die UN Standard Minimal Rules for the Treatment of Prisoners, und setzt palästinensische Kinder andererseits oft in lebensbedrohliche Situationen, in welchen sowohl die körperliche als auch die geistliche Unversehrtheit der Kindergefangenen verletzt wird. Unter den gravierendsten Rechtsverletzungen zählen Vergewaltigungsversuche durch israelische Gefängnisinsassen, physische Verletzung, und der Raub persönlicher Gegenstände.

Kindergefangenen wird zusätzlich regelmäßig der Besuch durch Rechtsvertreter und Familienangehörige untersagt. Mit der permanenten Abriegelung von Gazastreifen und Westjordanland seit 1989 bzw. 1993 müssen Palästinenser Bewilligungen vorweisen um israelisches Gebiet betreten zu dürfen, welche wiederum in Zeiten politischer Spannung oft widerrufen werden. Konkret bedeutet dies für palästinensische Kinder in israelischen Gefängnissen in Israel die Verweigerung des Besuches durch ihre Angehörige. Seit Oktober 2000 sind keine Besuche palästinensischer Kindergefangener mehr möglich.

Ein Labyrinth der Ungerechtigkeit Innerhalb des internationalen Menschenrechtes verpflichten Artikel 43 der Den Haager Konvention von 1907 und Artikel 64 der Vierten Genfer Konvention von 1949 den Besatzer dazu das örtliche (Straf-) Gesetz einerseits unverändert zu lassen, und andererseits alle im besetzten Gebiet implementierten Maßnahmen darauf abzustimmen. Seit 1967 hat Israel im Gegensatz dazu jedoch über 2500 Militärbefehle erlassen, welche das tägliche Leben der im Westjordanland und dem Gazastreifen lebenden Palästinenser regulieren, und so die eigentliche Macht den Besatzungsbehörden übertragen. Diese Befehle passen das Gesetz der politischen Situation an und befriedigen die Bedürfnisse Israels in seiner Politik gegenüber den besetzten Gebieten. Der militärische Befehlshaber ist so der einzige Gesetzgeber.

Militärbefehle gelten nur für palästinensische Bewohner der besetzten Gebiete, nicht für die dort rechtswidrig lebenden israelischen Siedler. Sie sind so eine der Säulen des Apartheid-artigen Systems der Diskriminierung in den besetzten Gebieten. Die Komplexität vieler Militärbefehle zeigt das Ausmaß der Kontrolle Israel über die palästinensische Bevölkerung. Befehl Nr. 101 zum Beispiel, erlaubt eine Maximalstrafe von zehn Jahren Haft für Beteiligung an einer von Israel als politisch empfundenen Versammlung von mehr als zehn Personen, die Publikation von besatzungskritischem Material und sogar dem Hissen der palästinensischen Flagge. Diese Militärbefehle gelten ebenso für die palästinensische Bevölkerung in Städten und Dörfern die im Rahmen des Oslo-Abkommens von 1993 unter palästinensische Hoheit gesetzt wurden.

Seit der Unterzeichnung des Oslovertrages gab es so gut wie keine Veränderung bezüglich der Tätigkeit der Militärgerichte in den besetzten Gebieten. Die Militärgerichte wurden 1967 eingerichtet und werden

hauptsächlich durch Militärbefehl Nr. 378 von 1970 geregelt, welcher die Rechte des Angeklagten, die Definition von Sicherheitsverstößen und die Verfahrensregelung der Gerichte präzisiert. In der Praxis verhöhnen die Militärgerichte allerdings die Gerechtigkeit. Prozesse und Entscheide werden mehr durch die gegenwärtige politische Lage als die Verteidigung eines Anwaltes beeinflusst.

Die Militärbefehle bezüglich der militärischen Gerichtsverfahren haben nicht den Status von Gesetzen, obwohl sie als solche funktionieren und dem institutionalisierten System der Diskriminierung einen Anstrich von Rechtsmäßigkeit geben sollen. Vielmehr sind sie politische Befehle, deren Umsetzung von der jeweiligen politischen Lage abhängt. In den meisten Fällen ist die versteckte Hand des Israelischen Sicherheitsdienstes (General Security Services (GSS oder Shabak) in den Gerichtsentscheiden unverkennbar. Der GSS ist ein quasi-staatliches Organ welches nicht irgendeinem Ministerium, sondern direkt dem Premierminister untersteht. Richterentscheide können so bereits vor Beginn des eigentlichen Verfahrens beschlossen werden. Während einem Bewährungsverhör im Megiddo Gefängnis wurden kürzlich drei von vier Anträge zur Verkürzung der Haftstrafen vom Richter mit Bezug auf einen „geheimen“ Entscheid abgewiesen; d. h. der GSS hatte ihn angewiesen, die Kinder nicht freizulassen. Die persönlichen Ansichten der Richter in den Militärgerichten spielen ebenfalls eine Rolle im Entscheidungsprozess. Aus Erfahrung konnte DCI/PS feststellen dass es sich bei den Richtern oft um illegale israelische Siedler handelt, die einen Hass gegenüber Palästinensern in den besetzten Gebieten haben.

1999 begann Israel Militärbefehl Nr. 132 wieder zu implementieren. Dieser wurde während der ersten Intifada ab 1987 angewendet und erlaubt die Festnahme und Inhaftierung von Kindern zwischen 12 - 14 Jahren. Im Jahr 2000 verdoppelte sich die Anzahl festgenommener Kinder im Alter von 13 und 14 Jahren fast, und stellte 22% von allen von DCI/PS behandelten Fällen. Diese Steigerung der Festnahmen von Kindern im Alter von 13 - 14 Jahren ist direkt mit Militärbefehl Nr. 132 verbunden.

In Artikel 1 der UNO Konvention für Kinderrechte werden Kinder bestimmt als „alle Menschen unter 18 Jahren, außer falls unter dem für das Kind gültigen Gesetz Volljährigkeit früher erreicht wird.“ Während alle unter 18 Jahren generell als Definition eines Kindes akzeptiert wird, räumt Artikel 1 Staaten die Möglichkeit ein, die Volljährigkeit früher einzusetzen zu lassen. In Israel wird ein Minderjähriger als jemand der noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hat, definiert. Bei palästinensischen Bewohnern der besetzten Gebiete allerdings wird ein Kind nach Militärbefehl Nr.132 mit Erreichen des 16. Lebensjahres mündig. Dabei bestimmt das Alter zum Zeitpunkt der Verurteilung die Strafe, und nicht das Alter zum Zeitpunkt des Begehens. Da viele Kinder lange Zeit in Haft auf ihr Urteil warten und in dieser Zeit das 16. Lebensjahr erreichen, können palästinensische Kinder als Erwachsene verurteilt werden obwohl sie

zum Zeitpunkt ihres Verbrechens minderjährig waren.

Palästinensische Kinder kommen nach einer Haftperiode vor Gericht, während welcher sie in Verhören verschiedener Formen von psychologischer und physischer Gewalt ausgesetzt wurden um von ihnen ein Geständnis zu bekommen. Das gedruckte Geständnis ist auf hebräisch, einer Sprache die palästinensische Kinder meistens nicht verstehen, wodurch die Wahrheit des Geständnisses ernsthaft angezweifelt werden muss. Der Zweifel ist umso größer als die Geständnisse oft minutiöse Details über die genaue Anzahl der angeblich geworfenen Steine (z. B. 75, 100, 150...), sowie ganze Listen von bis zu 30 Namen anderer angeblich mit dem Angeklagten am Verbrechen beteiligter Kinder, beinhaltet. Obwohl es israelischen Anklägern oft schwer fällt, sich zu erinnern wie oft sie selbst in einem Jahr vor Gericht erschienen, wird angenommen, dass Kinder sich Ereignisse mit genauer Präzision merken können - vor allem nachdem sie mitten in der Nacht gewaltsam aus ihren Betten genommen, am Schlafen behindert, geschlagen und an Stühle gebunden wurden, ihre Hosen benäht und eine Zeit in Isolationshaft verbracht haben.

Die traurige Wirklichkeit ist, dass die geschilderten Szenarien nur einen Bruchteil der lächerlichen und verwirrenden Regulierungen darstellen, welche im Westjordanland und Gazastreifen das Gesetz bestimmen.

## Strukturen & Strategien

Israelische Verhörverfahren für palästinensische Kinder folgen oft einem standardisierten Muster. Der folgende aus Aussagen Gefangener gegenüber DCI/PS zusammengestellte Überblick folgt diesem typischen Ablauf. Die Aussagen deuten auf staatlich genehmigte Mißhandlung palästinensischer Gefangener während des gesamten Ablaufes vom Moment der Festnahme bis zu Einsperrung, Verhör und Haft.

### 1. Festnahme

Der Ablauf beginnt mit der Art, in welcher die Kinder von zu Hause weggenommen werden: Generell wird das Haus des Kindes während der Nacht von einer großen Anzahl israelischer Soldaten umstellt, welche anschließend ohne Berechtigung in das Haus eindringen und es durchsuchen, wobei es oft zu Beschädigungen des Hausrates sowie Einschüchterung und verbaler Bedrohung der Familienmitglieder kommt. Oft werden Schränke, Fenster, Türen, Möbel und Eßwaren beschädigt. Erklärungen von Palästinensern, in deren Häuser auf diese Art eingedrungen wurde, beinhalten normalerweise Berichte über völlig verängstigte Kinder.

Viele Palästinenser verstehen dieses Vorgehen deshalb als israelisches Bestreben die eigene Macht zum Erschrecken, Einschüchtern und Schwächen

der Palästinenser zu demonstrieren.

## 2. Transfer

Sobald sie festgenommen sind, werden den Verdächtigten oft die Personalausweise abgenommen. Mit verbundenen Augen und gefesselten Händen wird das Kind anschließend in ein Militärfahrzeug geladen und in ein Verhörzentrum gebracht, wobei man es oft auf dem Fahrzeugboden sitzen läßt und manchmal zusätzlich schlägt und verbal beleidigt. Familienangehörigen wird meistens nicht gesagt wo sich das Kind in Haft befindet. Bei längerer Haftdauer werden Kinder manchmal versetzt, ohne daß die Familie benachrichtigt wird. Der schon bei der Festnahme zu Hause begonnene Prozess der Isolation und Desorientierung des Gefangenen wird so durch das Bewußtsein intensiviert, daß die eigene Familie nicht über den Aufenthaltsort des Kindes informiert ist.

## 3. Einsperrung

Der Gefangene wird oft in dreckige, schlecht riechende, „Zinzaneh“ genannte Einzelhaftzellen (200 x 150 cm) gesetzt, deren Boden naß oder mit Exkrementen bedeckt ist. Die Zellen sind entweder ganz ohne Lichtzufuhr oder permanent beleuchtet. Wenn der Gefangene versucht zu schlafen, wird er dabei von einem Wärter gehindert. Gefangenen wird Schlaf, Essen, Benutzen von Toiletten und frische Kleidung während Tagen verwehrt.

## 4. Verhör

Drei Organe können das Verhör durchführen: die Israelische Polizei, Militärpolizei oder der General Security Service (GSS oder Shabak). Das Ziel des Verhörs ist es ein Geständnis des Gefangenen zu bekommen, wobei Folter von allen drei erwähnten Organen eingesetzt wird. Kinder können während vier Tagen festgenommen werden und anschliessend entweder vor Gericht gebracht oder auf Befehl des für das Verhör zuständigen Beamten weitere vier Tage verhört werden. Anwälte sind während dieser Phase nicht erlaubt und es ist schwer herauszufinden, wo sich das Kind befindet, da diese Information vom israelischen Militär geheimgehalten wird. Nach acht Tagen muss das Kind vor Gericht gebracht werden.

Das Verhör findet vor oder nach einer Zeit in Einzelhaft statt, wobei der Gefangene oft mit gefesselte Händen und verbundenen Augen geschlagen wird. Psychologischer Druck wird von Seiten der Beamten absichtlich zum Erhalten eines Geständnisses so schnell als möglich angewendet. Wenn psychologischer Druck nicht die erwünschten Resultate hat, wird stufenweise auf gewaltsamere Methoden umgeschaltet. 1981 gab ein neuer Militärbefehl den Militärgerichten das Recht, Gefangene schon aufgrund eines Geständnisses einer dritten Person zu verurteilen. Folglich kann ein Kind ohne anderem Beweismaterial außer der Aussage eines Dritten verurteilt werden, wobei diese letzteren oft durch Folter

erhalten wurden. Das Resultat sind oft total unsinnige Geständnisse, unterschrieben von palästinensischen Kindern, worin sie beispielsweise gestehen, Steine exakt einhundert oder einhundertfünfzig Mal geworfen zu haben und die Namen dreißig anderer angeben, die mit ihnen ebenfalls daran beteiligt gewesen sein sollen. Eine logische Überprüfung solcher Geständnisse macht die Unwahrscheinlichkeit deutlich, dass das Kind die exakte Anzahl geworfener Steine behalten hat. Zusätzlich wird die Wahrhaftigkeit der Geständnisse schon dadurch unglaublich gemacht, als sie auf hebräisch geschrieben sind und palästinensische Kinder diese Sprache nicht verstehen.

Der gesamte Verhaftungsprozess führt nicht nur zu körperlichen Verletzungen, sondern ebenfalls zu psychologischem Terror. Kinder werden wiederholt in angsterregende Situationen versetzt, die das Gefühl der Einsamkeit und Isolation von der Außenwelt stärken sollen, und das Kind schließlich glaubt, sich nur mit einem Geständnis helfen zu können. Zusätzlich wird klar, daß Verhör und somit die Mißhandlung nicht vor dem Unterschreiben eines Geständnisses beendet werden. Bei der Diskussion dieser Methoden ist es wichtig, sich vor Augen zu halten, daß die Kinder zum Teil erst 14 Jahre alt sind. Bei einer 30-jährigen Person hätten ähnliche Methoden wahrscheinlich nicht den selben Effekt wie bei einem Kind. Daraus wird klar, daß israelische Behörden mit diesen Methoden absichtlich Situationen schaffen, in denen die Kinder sich fürchten und glauben, niemand könne ihnen helfen, und somit gezielt die Verwundbarkeit von Kindern ausnützen.

Übersetzt von: Tobias Meier

[Appell des DCI-pal \(Defence for Children International, Palestine Section\)](#)